



FRAKTION THÜRINGEN

# Respekt und Solidarität für unsere Landwirtschaft!

Wir stehen fest an der Seite unserer Bauern!



Die CDU-Fraktion steht fest an der Seite unserer heimischen Landwirtschaft. Wir fordern Respekt und Solidarität für unsere Bauern und den ländlichen Raum. Der Ampel-Angriff gegen den ländlichen Raum muss gestoppt werden.

Denn die Pläne der Ampel die Steuerrückerstattung für Agrardiesel und KfZ-Steuervergünstigungen für landwirtschaftliche Fahrzeuge zu streichen, bedeuten massive Wettbewerbsnachteile, steigende Produktionskosten und steigende Lebensmittelpreise für Verbraucher. – Darüber hinaus belastet auch die forcierte Anhebung des CO<sub>2</sub>-Preises bzw. einer CO<sub>2</sub>-Emissionsabgabe und die damit verbundenen Preissteigerungen bei Betriebs- und Heizstoffen sowohl unsere Landwirte als auch die Verbraucher massiv.

Die Landwirtschaft ist vom größten finanziellen und politischen Einschnitt mit einer Mehrbelastung von fast 1 Milliarde Euro bedroht, den sie je erleben musste. Die Ampel-Regierung ist eine reale Gefahr für die Agrarproduktion in Deutschland. Ihre „Sparvorschläge“ sind ein Tiefschlag für unsere Landwirte, sie reißen sich ein in eine Politik gegen den ländlichen Raum. Daran ändern auch die Zugeständnisse in deren Kürzungsplänen nichts.

Wir stehen fest an der Seite der Landwirte, die aktuell völlig zu Recht gegen die „Sparpläne“ protestieren. Eine derart unverhältnismäßige, unfaire und inakzeptable Belastung in einer einzigen Branche bei steigenden Auflagen für die Lebensmittelherstellung und ausbleibenden staatlichen Hilfen nehmen Landwirte und die CDU nicht hin. Dies betrifft nicht nur die Bauern selbst, sondern auch jeden einzelnen Verbraucher. Preise für Lebensmittel werden durch das Handeln der Ampeln weiter in die Höhe getrieben und dass nach den erheblichen Steigerungen im vergangenen Jahr. Die Ampel macht ausgerechnet denjenigen, die für unsere Ernährung sorgen, das Leben schwer. Unsere Bauern verdienen volle Unterstützung. Deshalb kämpft die CDU an ihrer Seite.

Die geplanten Maßnahmen zum Schaden der Landwirte missachten die vielfältigen Leistungen, die von der Landwirtschaft für uns alle erbracht werden – von der Sicherung unserer Ernährung bis hin zur Pflege und Erhaltung unserer Kulturlandschaft. Die Landwirtschaft hat Wertschätzung verdient und keine Benachteiligung bis hin zur Gefährdung von Existenzen. In Gefahr ist nicht nur die wirtschaftliche Existenz der heimischen Landwirtschaft, sondern auch die Bereitschaft der Landwirte, die gesellschaftlich und politisch geforderte Transformation fortzuführen. Denn die Landwirtschaft steht ohnehin vor gewaltigen Herausforderungen: Hauptaufgabe bleibt die Sicherung der Nahrungsmittelproduktion. Der Ausbau regenerativer Energien darf nicht zu Lasten landwirtschaftlicher Nutzfläche geschehen. Bioenergieerzeugung muss auch künftig wirtschaftlich möglich sein. Unsere

Tierhaltung benötigt in besonderer Weise Planungssicherheit, um eine tierwohlgerichte Tierhaltung fortsetzen zu können und die dazu nötigen Investitionen zu ermöglichen.

Unsere Landwirtschaft verliert jedoch durch die von der Bundesregierung geplanten Maßnahmen massiv an Wettbewerbsfähigkeit gegenüber der europäischen sowie der weltweiten Agrarbranche. Preissteigerungen deutscher Agrarprodukte und die Verlagerung landwirtschaftlicher Produktion ins Ausland sind die Folge dieser fatalen Politik gegen die heimische Landwirtschaft, zum Schaden für die Wertschöpfung im Ländlichen Raum und selbst für das Klima. Die Folgen dieser Politik zahlen am Ende alle Verbraucher, die von den erhöhten Lebensmittelpreisen und einer Gefährdung der Versorgungssicherheit betroffen sind.

Die Ampel sorgt dafür, dass unsere Lebensmittel zum Schluss aus aller Welt statt vom Feld um die Ecke auf den Tisch der Verbraucher kommen. Wir machen uns abhängiger und schaden der eigenen Wirtschaft. Das muss gestoppt werden. Deshalb hat die CDU-Fraktion folgende Forderungen an die von SPD, Grünen und FDP geführte Bundesregierung sowie an die rot-rot-grüne Landesregierung:

- **Die Bundesregierung muss die geplante Streichung der Unterstützungsleistungen umgehend und vollständig rückgängig machen.** Wir stehen für eine auch in Zukunft wettbewerbsfähige Landwirtschaft vor Ort, die in unserer Heimat für gute, sichere und nachhaltig hergestellte Lebensmittel sorgt. Die heimische Landwirtschaft ist der Motor des ländlichen Raumes und darf nicht das sprichwörtliche Bauernopfer verfehlter Politik werden.
- **Die Thüringer Landesregierung** – zumal sie in diesem Jahr den Vorsitz in der Agrarministerkonferenz übernommen hat – **muss alles dafür tun, dass die aktuellen Sparpläne mit sofortiger Wirkung gestoppt werden.**
- Zudem muss sich die **Landesregierung auf Bundesebene für die Aufhebung des Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2021/2118 im Hinblick auf die Erweiterung der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung auf selbstfahrende Arbeitsmaschinen bis zu 20 km/h Höchstgeschwindigkeit einsetzen.** Sie sollen künftig nicht mehr in der betrieblichen Haftpflichtversicherung mitversichert sein. Massive Zusatzkosten und erhöhter Bürokratieaufwand sind die Folge, ohne dass es im Gegenzug mehr Verkehrssicherheit oder einem besseren Risikoschutz kommt.
- Die mit dem Entwurf des Bundeshaushalts 2024 geplanten massiven Kürzungen

der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) müssen zurückgenommen werden. Sie hätten gravierende negative Auswirkungen auf die Entwicklung des Ländlichen Raumes in Thüringen. Zahlreiche Förderprogramme, insbesondere im Bereich Dorferneuerung, Flurneuordnung oder Integrierte Ländliche Entwicklung könnten nicht im bisherigen und erforderlichen Maße fortgeführt werden. Wir lehnen die Kürzungen der GAK entschieden ab und **fordern die Landesregierung auf, sich beim Bund mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass es zu keiner Kürzung der GAK-Mittel für die Förderung des Ländlichen Raumes kommt.**

- Die Landesregierung muss die flächendeckende tiergebundene Landbewirtschaftung erhalten. Dazu sind die Agrarumweltmaßnahmen (KULAP) **auskömmlich finanziell auszustatten und die Ausgleichszulage (AGZ) im benachteiligten Gebiet fortzuführen.** Sie sind für die Betriebe ein maßgeblicher Einkommensfaktor und damit existenziell für die Wirtschaftlichkeit. Der gesellschaftliche Beitrag unserer Landwirte als Lebensmittelproduzenten, Naturschützer und Landschaftsbewahrer muss endlich anerkannt werden. Diese Leistungen sind fair zu honorieren und angemessen zu entlohnen. Das nützt uns als Gesellschaft insgesamt.
- Die Landesregierung muss zudem **Bürokratie ab- statt aufbauen.** Die im Rahmen der Digitalisierung der Landwirtschaft eingeführten Instrumente PORTIA und FAN-App sind unverändert zu komplex. Die Landesregierung muss hier für funktionelle und praxistaugliche Lösungen sorgen.
- Die Landesregierung muss umgehend einen Entwurf zur Änderung des **Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes (ThürTierNebG) vorlegen und künftig wieder ein Drittel der Kosten übernehmen.** Die von der CDU-Fraktion im Landeshaushalt durchgesetzten Mittel in Höhe von drei Millionen Euro müssen schleunigst ausgereicht werden, damit die Kosten für die Beseitigung von Tierkörper nicht weiter durch die Decke gehen und die Landwirte entlastet werden.
- Es müssen auf allen Ebenen, Maßnahmen ergriffen werden, die **Wertschätzung für Lebensmittel zu erhöhen und ein stärkeres Verständnis für den Aufwand, die Arbeit sowie den Ressourceneinsatz auf Erzeugerseite zu schaffen.** Im Wesentlichen kommt es darauf an, das Bewusstsein der Menschen für die Bedeutung dieser Komplexe zu schärfen. Dabei ist die Wissens- und Wertevermittlung, um einen bewussten Umgang mit Lebensmitteln und Wertschätzung für die Landwirtschaft zu schaffen, entscheidend.